



Baden-Württemberg

PRÄSIDIUM TECHNIK, LOGISTIK, SERVICE DER POLIZEI
DER PRÄSIDENT

PTLS Pol | Nauheimer Straße 100 | 70372 Stuttgart

per Email an

RSPG -
Radio spectrum policy Group
CNECT-RSPG@ec.europa.eu

Datum 23.08.2023
E-Mail OE Stuttgart.ptls@polizei.bwl.de
Aktenzeichen 3-0268.5 / Frequenzuteilung
(Bitte bei Antwort angeben)

RSPG-Konsultationsverfahren

„Strategie zur künftigen Nutzung des Frequenzbandes 470-694 MHz nach 2030 in der EU“; hier:

Stellungnahme des Präsidiums Technik, Logistik, Service der Polizei Baden-Württemberg

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Landespolizei in Baden-Württemberg gewährleistet die öffentliche Sicherheit und Ordnung im drittgrößten Bundesland der Bundesrepublik Deutschland.

Als Präsidium Technik, Logistik, Service der Polizei ist es unsere Aufgabe, mit einem weiten Blick in die Zukunft den landesweiten technischen Bedarf zu planen, zu standardisieren und für alle polizeilichen Dienststellen und Einheiten des Landes die bestmögliche technische Unterstützung zu gewährleisten.

Mit dieser Aufgabenstellung begrüßen wir als regionaler Mitgestalter der Inneren Sicherheit ausdrücklich die Möglichkeit einer Stellungnahme an die radio spectrum policy group (RSPG), hier das öffentliche Konsultationsverfahren der RSPG betreffend, zur europäischen Frequenzstrategie im UHF-Band 470 – 694 MHz nach 2030.

Eine zukunftsfähige Polizeiarbeit bezieht auch die globalen Megatrends mit ein: Was für die zunehmende „Netzwerkgesellschaft“ längst vorherrschend ist, muss auch für Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte zur Erfüllung ihrer Aufgaben in dieser Gesellschaft selbstverständlich sein:

Umfassende Konnektivität in allen polizeilichen Kommunikationsbelangen. Konnektivität zu Diensten, Anwendungen und Daten. Dies bedingt, dass insbesondere „Mobilfunkdienste“ ein zunehmend erfolgskritischer Leistungsfaktor für die effiziente und erfolgreiche polizeiliche Arbeit sind. Wie wichtig verlässliche Kommunikationsinfrastrukturen sind, machen uns auf schmerzliche Art und Weise aktuell insbesondere die aktuelle Krisensituation in der Ukraine aber auch regionale Katastrophensituationen bewusst.

Als Teil der „Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben“, kurz BOS, nutzt auch die Polizei Baden-Württemberg derzeit den digitalen Bündelfunkstandard TETRA für ihre einsatzkritische Kommunikation. Dabei ist TETRA primär eine sprachorientierte Technologie, welche sich zwar durch eine hohe Übertragungssicherheit auszeichnet, allerdings nur sehr geringe Datenraten unterstützt. Der Bündelfunk ist daher absehbar ungeeignet für die dringend notwendige Versorgung von polizeilichen Kräften und Einheiten mit breitbandigen Mobilfunkdiensten. Daher werden in Baden-Württemberg (und in anderen Bundesländern) notwendigerweise kommerzielle Breitbandangebote ergänzend genutzt. In der Nutzungsbreite erfüllen diese allerdings aktuell und auch perspektivisch nicht die gebotenen hohen Anforderungen in Bezug auf Ausfallsicherheit, Verfügbarkeit, Flächendeckung und Cybersicherheit.

Für die Polizei benötigen wir eine breitbandfähige Infrastruktur, die jederzeit auch den Belastungen und Ansprüchen kritischer oder großer Einsatzlagen Stand zu halten vermag und Sicherheitskräften exklusive Kapazitäten und Zugriffsmöglichkeiten bietet, wie sie vergleichbar im Digitalfunk BOS bereitgestellt werden. Diese Merkmale können kommerzielle Mobilfunknetze nicht gewährleisten. Die BOS benötigen daher eine eigenbeherrschte breitbandfähige Netzinfrastuktur zur Übermittlung von großen Datenmengen im Rahmen des Einsatzgeschehens, die jederzeit und an jedem Ort verlässlich gewährleistet sein muss.

Mit Blick auf den in Studien und Gutachten bereits nachgewiesenen Bedarf im Frequenzumfang von 60 MHz für die BOS, ist es mir ein großes Anliegen, dass das Präsidium Technik, Logistik, Service der Polizei – als technischer Ausrüster für die Polizei in Baden-Württemberg – sich ausdrücklich dafür einsetzt, dass die europäische Frequenzpolitik nach 2030 die Bedarfe der BOS kennt und gebührend berücksichtigt. Dies steht nicht im Widerspruch zu den Bedarfen von Rundfunk und Kulturschaffenden.

Eindeutige Trends im Mediennutzungsverhalten zeigen, dass der Frequenzbedarf für den Rundfunk rückläufig ist, insbesondere aufgrund von sich wandelndem Mediennutzungsverhalten (z.B. Streaming, IPTV) sowie neuen Methoden zur intelligenten Ausnutzung des Frequenzbandes und neuen Übertragungstechniken. Daher kann das Frequenzspektrum im Bereich 470–694 MHz geteilt, kooperativ

genutzt und dabei sowohl den Bedarfen der BOS als auch des Rundfunks Rechnung getragen werden. Die technische Machbarkeit der notwendigen Verringerung des aktuellen Frequenzspektrums für Rundfunk und Kulturschaffende um 80 MHz, um ein dediziertes Band für die Nutzung des Mobilfunkdienstes mit Uplink implementieren zu können, ist bereits von neutraler Stelle im Rahmen einer Studie im Auftrag der Bundesnetzagentur beschrieben worden.

Ich zeige daher den dringenden Bedarf an einem zusätzlichen, harmonisierten Spektrum unterhalb von 1 GHz für die BOS in Deutschland an, um bei den weiteren Schritten zur Bereitstellung der Frequenzen mit dem Ziel einer Zuweisung und nationalen Zuteilung auch im Bereich von 470-694 MHz adäquat berücksichtigt zu werden.

Ich bitte Sie im Interesse der Inneren Sicherheit Deutschlands sich dafür einzusetzen, dass unsere Bedarfe am UHF-Band nach 2030 in der europäischen Frequenzstrategie Berücksichtigung finden.

gez.

Thomas Berger